

AUSGABE VOM 07. MÄRZ 2020

NRW-Sicherheit: Kriminalität sinkt auch in Köln auf 30-Jahres-Tief

Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen ist auf den niedrigsten Wert seit 30 Jahren gesunken. Die Zahl der Straftaten ging im vergangenen Jahr um 4,3 Prozent zurück.

„Die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 1990 und zugleich die höchste Aufklärungsquote seit 1970 - auch Köln hat die besten Zahlen der letzten 30 Jahre - das ist ein erfreulicher Gewinn an Sicherheit, und ich gratuliere Innenminister Herbert Reul zu diesem Erfolg seiner Polizei“, freut sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Die NRW-Koalition gehe mit ihrer Null-Toleranz-Strategie den richtigen Weg. Die starke öffentliche Präsenz der Polizei erhöhe den Fahndungs- und Kontrolldruck und schrecke Täter dadurch nachhaltig ab, so MdB Möring. Zugleich dankte er insbesondere der Kölner Polizei für ihren Einsatz.

Fraktionschef Ralf Brinkhaus setzt Signal gegen ungeordnete Migration

Angesichts der Situation an der griechisch-türkischen Grenze hat Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus vor einer ungeordneten Migration in die Europäische Union gewarnt. „Wir müssen darauf achten, dass wir nicht die Fehler von 2015 machen und die falschen Signale senden“, sagte er in Berlin. „Wir müssen die europäischen Außengrenzen entsprechend schützen.“ Brinkhaus sprach von schwer zu ertragenden Bildern, wenn Tausende Menschen aus Syrien und anderen Ländern an der Grenze zu Griechenland auf eine Gelegenheit warteten, in die EU zu gelangen. Solche Bilder könne man vermeiden, indem man den Menschen klar sage, dass „eine ungeordnete Migration nicht stattfindet und dass sie bei uns keine Zukunft haben“.



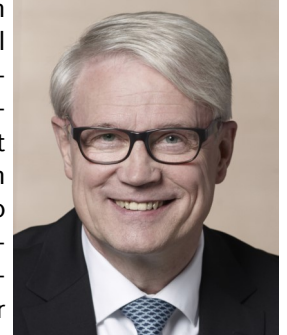
„Klares Signal gegen ungeordnete Migration setzen“: Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus zur aktuellen Flüchtlingssituation an der EU-Außengrenze. (Bild: T. Koch)

Er machte auch deutlich, dass er eine Kontingentlösung für gefährlich hielte. Denn sie würde letztlich nur dazu führen, dass sich weitere Flüchtlinge in Bewegung setzten. Man habe 2015 gesehen, dass sich Menschen dem Zug der Flüchtlinge anschlossen, weil sie ein besseres Leben in Europa suchten. Dem könne man aber nicht nachgeben, „weil wir dann keine Kapazitäten mehr haben für die Menschen, die wirklich in Not sind“, so Brinkhaus. Deshalb müssten die griechischen Grenzbeamten und die europäischen Fronteinheiten Grenzübertritte verhindern.

Dem stimmt auch der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring zu: „Menschen, die jetzt durch die Initiative des türkischen Präsidenten mit falschen Erwartungen an die griechische Grenze gelangt seien, kommen alle aus sicheren Unterkünften in der Türkei.“ Er warb ebenfalls dafür, die griechische Regierung zu unterstützen und begrüßte, dass die EU Griechenland 700 Millionen Euro zur Verbesserung der Flüchtlingsbetreuung zuwende. Auch der Türkei müsse geholfen werden. Ankara habe rund 3,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen und müsse sich auf einen weiteren Zustrom einstellen. „Wenn es nicht gelingt, die EU-Außengrenzen effektiv zu schützen, sind Kontrollen an der deutschen Grenze zwingend und die nach innen grenzenlose EU wäre gescheitert“, warnte Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

etwa zeitgleich zur Wiederwahl von Bodo Ramelow als Ministerpräsident in Thüringen geht ein Video im Internet viral, das eigentlich letztlich nur einen Schluss



zulässt: Die Linkspartei ist unwählbar – und sollte nie und nimmer Regierungsverantwortung übernehmen. Hintergrund ist ein Videoausschnitt von einem Strategietreffen zum künftigen Kurs der Partei, das vor einigen Tagen in Kassel stattfand. Er zeigt, wie eine Teilnehmerin darüber schwadroniert, nach einer Revolution Reiche erschießen zu lassen. Man traut seinen Ohren nicht. Ein Parteimitglied lässt seinen Gewaltfantasien freien Lauf – und was passiert vor Ort? Vereinzelt gibt es Beifall, aber auch Kopfschütteln. Die Parteispitze schaltet sich ein: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein“, erwiderte LINKE-Chef Riexinger lächelnd.

Wer für sich in Anspruch nimmt, an demokratisch legitimer Verantwortung teilhaben zu wollen, der darf die Demokratie nicht mit stalinistischen Methoden bekämpfen wollen. Genau daran erinnert das geschichtsvergessene Geschwafel auf der Veranstaltung. Auch Riexingers Gerede von „nützlicher Arbeit“ entspringt derselben Gulag-Ideologie. Man spürt: Sie würden noch immer gerne, wenn sie nur könnten. Diesen Umstand sollte sich jeder vor Augen führen, wenn SPD und Grüne wieder mal laut über einen linken Regierungswechsel im Bund nachdenken.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Geologiedatengesetz auf den Weg gebracht

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch den Entwurf für ein „Geologiedatengesetz“ erörtert. Es löst das bisherige Lagerstättengesetz aus dem Jahr 1934 ab. Das Gesetz schafft die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme, also die kartographische Darstellung der Geologie Deutschlands. Dabei wird in großem Umfang auch auf Daten zurückgegriffen, die von Firmen gewonnen wurden, die aus Gründen der Rohstoffgewinnung Bohrungen vornehmen.

Die dauerhafte Verfügbarkeit solcher Daten ist von zentraler Bedeutung für die Verwendung heimischer Rohstoffe und zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Dazu zählen unter anderem die Entwicklung von Planungsgrundlagen zur umweltverträglichen Nutzung des Untergrunds, die Untersuchung und Bewertung geologischer und geotechnischer Gefahren sowie anthropogener Schäden und - besonders wichtig - die Suche nach einem Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle aus unseren Kernkraftwerken.



„Das Geologiedatengesetz ist effektiv und vorbildlich. Damit stellen wir das Maximum an Vertrauen her, das wir bei der Standortsuche für ein atomares Endlager erreichen können“, so CDU-MdB Möring in seiner [Rede](#). (Bild: privat)

Für das Verfahren zur Auswahl eines solchen Standorts ist die öffentliche Verfügbarkeit der entsprechenden geologischen Daten ein wesentliches Element zur Vertrauensbildung. Gleichzeitig sind die Firmen, die Eigentümer der gewonnenen Daten sind, an einer exklusiven wirtschaftlichen Nutzung interessiert.

Diese gegensätzlichen Interessen muss das Gesetz zu einem verfassungsfesten Ausgleich bringen“, so der Kölner CDU-MdB Karsten Möring in der Debatte. „Denn die Transparenz des Auswahlverfahrens ist von zentraler Bedeutung für die Akzeptanz der Standortentscheidung, die nach einem mehrstufigen Prozess etwa für das Jahr 2030 erwartet wird“, erläutert MdB Möring die große Bedeutung des Gesetzes.

Neuer Bau-Staatssekretär Volkmar Vogel tritt Amt an



Der Thüringer CDU-Abgeordnete Volkmar Vogel, der vor drei Wochen zum neuen parlamentarischen Staatssekretär im Bauministerium ernannt wurde, hat im Bundestagsbauausschuss seinen Antrittsbesuch gemacht. Vogel vertritt seit 2002 den Wahlkreis Gera im Bundestag. Er sei ja als langjähriger Baupolitiker bereits vom Fach, gratulierte Bauausschussmitglied MdB Karsten Möring seinem langjährigen Kollegen: „Du kannst auch nach dem Wechsel auf die Regierungsbank nahtlos an Deine bisherige parlamentarische Arbeit anknüpfen. Auf weitere gute Zusammenarbeit“. (Bild: privat)

Regierungserklärung zum Corona-Virus

Deutschland setzt auf eine Eindämmung der Coronavirus-Epidemie im Land - und muss sich nach Einschätzung des Bundesgesundheitsministers dennoch auf weiter steigende Fallzahlen einstellen. „Der Höhepunkt der Ausbreitung ist noch nicht erreicht“, sagte Minister Jens Spahn (CDU) bei seiner [Regierungserklärung](#) am Mittwoch im Bundestag.

Die Behörden in Deutschland zielten weiter darauf, die Ausbreitung zu verlangsamen, sagte Spahn. „Die Sicherheit der Bevölkerung geht im Zweifel vor, auch vor wirtschaftlichen Interessen.“ Der Bund will nun ergänzend zu anderen Maßnahmen Schutzkleidung zentral für Arztpraxen, Krankenhäuser und Bundesbehörden beschaffen, wie nach Beratungen des Krisenstabs der Regierung mitgeteilt wurde. Der Export medizinischer Schutzausrüstung wie Atemmasken, Handschuhen und Schutzanzügen ins Ausland wird auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums verboten.

„Wir analysieren die Lage laufend und stellen auftretende Probleme so schnell wie möglich ab.“, so Spahn.

Impressum:

Ausgabe Nr. 48 der 19. Wahlperiode

07. März 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

